

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

13.01.2018 /19.20-19.50 Uhr

14.01.2018 /12.30-13.00 Uhr

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Ein Jahr Präsident Trump – Unberechenbarer Störfaktor für internationale Politik? Interview mit Dr. Ulrich Kühn, Wiener Zentrum für Abrüstung und Nichtweiterverbreitung
- Griechisches Militär nach sechs Krisenjahren – wieder neue Rüstungskäufe?
- Neue G5-Anti-Terror-Truppe – Unkoordinierte militärische Stabilisierungsbemühungen in der Sahelzone

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe von Streitkräfte und Strategien, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Wir beschäftigen uns heute mit diesen Themen:

- Ein Jahr Präsident Trump – Unberechenbarer Störfaktor in der internationalen Politik? Hierzu ein Interview.
- Griechisches Militär nach sechs Krisenjahren - gibt es jetzt wieder Rüstungskäufe? Und:
- Neue G5-Anti-Terror-Truppe in West-Afrika - Unkoordinierte militärische Stabilisierungsbemühungen in der Sahelzone

Der Wahlsieg von Donald Trump war eine riesige Überraschung. In der kommenden Woche ist Trump nun ein Jahr US-Präsident. Trump ist in das Amt gewählt worden, obwohl er über keinerlei politische Erfahrung verfügte. Während seines Wahlkampfes hatte Trump den Bruch mit der Politik seines Vorgängers angekündigt - nicht nur in der Innen- und Wirtschaftspolitik. „America first“ und „Make America great Again“, so die Devise von Donald Trump.

Über die Außen- und Sicherheitspolitik des US-Präsidenten habe ich mit dem Konfliktforscher Ulrich Kühn gesprochen. Er hat im vergangenen Jahr in den USA geforscht und arbeitet jetzt in Wien am Zentrum für Abrüstung und Nichtweiterverbreitung. Zunächst habe ich Ulrich Kühn gefragt, ob die USA außenpolitisch inzwischen besser dastehen als vor dem Amtsantritt von Trump:

Interview Andreas Flocken / Dr. Ulrich Kühn

Kühn: Ich würde sagen nein, vor allem, weil das Image der USA doch deutlich unter Trump gelitten hat. Wobei man natürlich einschränkend sagen muss, dass sich, praktisch betrachtet, relativ wenig verändert hat. Aber es gilt „America first“ – es wird als das wahrgenommen, was es nunmal auch ist. Und das heißt eine deutlich egoistischere und vornehmlich an den eigenen Interessen orientierte Großmachtpolitik.

Flocken: Trump will die USA stärker machen als bisher - aber erleben wir möglicherweise nicht einen Niedergang der jahrzehntelangen Vorherrschaft der USA in der Welt?

Kühn: Ach wissen Sie, da wäre ich ein bisschen vorsichtig. Diese ganzen Unkenrufe, dass die USA jetzt auf dem langsam absteigenden Ast sind, dass jetzt das große chinesische Jahrhundert beginnt...Ich denke, es ist zu früh, so etwas zu sagen. Aber man muss natürlich schon sagen, dass die Außenpolitik sich unter Trump vor allem auf persönlicher Ebene sehr verändert hat, mit einigen doch fragwürdigen – vor allem – Ankündigungen. Und es gilt in den nächsten Jahren genau zu beobachten, ob daraus auch konkrete Politik wird.

Flocken: Sie sagen, Trump macht eine andere Politik auch auf persönlicher Ebene. Was meinen Sie damit konkret?

Kühn: Auf persönlicher Ebene ist es so, dass Trump ein Präsident der Ankündigungen geworden ist. Er twittert viel. Beschimpft seine Gegner über diesen Social Media-Kanal. Aber diesen Ankündigungen folgt dann häufig keine konkrete Politik. Man könnte sich beispielweise die multilateralen Abkommen an-

gucken - die wurden ja von Trump immer kritisiert. Vor allem auch, um seine Basis damit anzusprechen.

Flocken: Sie haben es bereits angesprochen – Präsident Trump hat ja frühzeitig klargemacht, dass er wenig von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der EU hält. Auch nichts von internationalen Verträgen, Stichwort ist u.a. das Klimaschutzabkommen. Trump ist gegen den Multilateralismus. Aber wenn man auf seine einjährige Amtszeit zurückblickt. Aus Sicht seiner Anhänger hat er doch Wort gehalten, zumindest sehen die das doch so.

Kühn: Durchaus, so kann man das sagen. Aus Sicht seiner Anhänger hat er klar gemacht, dass er ein starker Präsident ist, dass die USA sich nicht darum scheren, was andere sagen. Dass man sich nicht länger ausbeuten lässt, weder verteidigungspolitisch als auch wirtschaftlich. Ich glaube, dass dieses ganze wirtschaftliche Säbelrasseln von Trump innenpolitisch bei seiner Basis sehr gut ankommt. Es wird nur auf längere Sicht eben fraglich sein, ob diese angekündigten Entscheidungen, falls sie durchgesetzt werden, nicht letztlich der US-amerikanischen Ökonomie deutlich schaden werden.

Flocken: Trump hält nicht viel von internationalen Vereinbarungen oder multilateralen Organisationen. Er setzt auf wirtschaftliche und militärische Stärke der USA. Jahrelang war ja das Ziel des Westens, das Recht des Stärkeren durch die Herrschaft des Rechts zu ersetzen. Hat es hier unter Trump möglicherweise einen radikalen Schwenk gegeben? Erleben wir zurzeit eine Rückkehr zum Recht des Stärkeren?

Kühn: Ich würde sagen nein. Denn man muss schon fragen, was heißt hier eigentlich Rückkehr? Das hört sich ein bisschen so an, als hätte es unter Obama nie so etwas wie eine Politik der Stärke gegeben. Dem ist nicht so. Auch Obama hat sich beispielsweise bei den Drohnenangriffen im Jemen oder in Somalia nicht um internationales Recht geschert. Auch Obama hat die größte und teuerste Modernisierung amerikanischer Nuklearwaffen auf den Weg gebracht. Man muss das einfach mal beim Namen benennen. Jedes Land hat seine nati-

onalen Interessen und die USA haben halt einfach mehr Mittel, diese auch durchzusetzen. Wir erleben so gesehen jetzt einfach wieder eine deutlichere Hinwendung zu dieser extremeren Seite amerikanischer Außenpolitik.

Flocken: Trump ist also keine Gefährdung für das internationale Völkerrecht?

Kühn: Soweit bin ich nicht gegangen. Ich wollte nur damit klarstellen, dass man Trump und die amerikanische Außenpolitik jetzt nicht so darstellen soll, dass sie quasi exzeptionell ist und dass es sowas vorher nie gegeben hätte. Wir haben den Präsidenten George W. Bush gehabt. Und auch bei Obama, der anfangs immer so als die Taube, als Friedensbringer hochgehalten wurde - meiner Meinung nach zu Unrecht - gab es eine Politik der Stärke.

Flocken: Anfänglich haben ja die Trump-Kritiker die Hoffnung gehabt, der US-Regierungsapparat würde Trump schon einbinden und zu Realismus verleiten. Das ist aber offenbar ein Trugschluss gewesen, wie sich inzwischen gezeigt hat.

Kühn: Definitiv. Ich bin der Meinung, dass dieser Präsident sich nicht bändigen lässt. Das beweist er immer wieder mit seinen mitternächtlichen Tweets. Aber es ist eben auch ein Trugschluss jetzt zu denken, dass diese sogenannten Erwachsenen im Weißen Haus und im Kongress ihn irgendwie einbinden könnten oder dass von denen eine positive Agenda ausgeht. Gemeint sind hier beispielweise sein Sicherheitsberater McMaster, ein General, sein Stabschef Kelly, ebenfalls ein ehemaliger General, und ein weiterer ehemaliger General, Verteidigungsminister Mattis. Desweiteren die Senatoren Lindsey Graham oder John McCain. Sagen wir es mal ganz klar: das sind knallharte Neocons, die vor allem auf militärische Machtprojektion setzen. Trump hat letztlich nur die Wahrnehmung, was angemessen oder vernünftig ist, so stark für uns verzerrt, dass diese außenpolitischen Falken jetzt urplötzlich in einem neuen Licht erscheinen und als gemäßigt oder zumutbar wahrgenommen werden.

Flocken: Aber welchen Einfluss hat denn beispielsweise Außenminister Tillerson oder Pentagon-Chef Mattis, wenn es um die Außen- und Sicherheitspolitik und auch die Verteidigungspolitik der USA geht?

Kühn: Ich denke, da muss man unterscheiden. Vieles, was wir erleben, erfahren wir auch aufgrund der vielen Leaks - also wenn immer wieder etwas aus dem Weißen Haus an die Presse durchgesteckt wird. Da ergibt sich natürlich ein Bild eines sehr chaotischen Regierens. Deswegen ist es auch schwierig einzuschätzen, wer letztlich welchen Einfluss hat. Ich glaube, dass der Einfluss von Tillerson auf Trump eher gering ist. Dagegen ist meiner Meinung nach der Einfluss von Mattis und vor allem generell der Einfluss des Militärs auf diesen US-Präsidenten sehr groß.

Flocken: Stephen Bannon war ja im Weißen Haus eine Zeit lang Chefberater von Trump. Mit ihm hat sich der US-Präsident inzwischen aber überworfen. Kann man überhaupt sagen, wie außenpolitische Entscheidungsprozesse unter Trump ablaufen? Lässt sich Trump bei außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen überhaupt beraten? Oder ist er eher beratungsresistent und setzt einfach auf seinen politischen Instinkt?

Kühn: Ich denke, er setzt wirklich sehr sehr viel auf den Instinkt. Trump lässt sich eben auch von den Medien leiten. Und da von diesen extrem konservativen Medien, wie beispielsweise Fox-News. Man konnte das jetzt bei dem jüngsten Twitter-Austausch zwischen ihm und Kim Jong Un sehen. Zwischen der Meldung über Kim Jong Uns Drohung auf Fox-News und dann dem Tweet des sogenannten „Twitterers in chief“, also von Trump, sind genau neun Minuten vergangen. Die Frage ist, gibt es daneben eigentlich noch einen funktionierenden Apparat? Den gibt es durchaus noch in den USA. Aber er wird kleiner. Diese Regierung hat wahnsinnig viele Stellen gekürzt, Programme gekürzt, vor allem im Außenministerium der USA. Und da sind natürlich einfach Einbußen von Experten festzustellen. Und es ist dann letztlich auch fragwürdig, welchen konkreten Einfluss diese Experten beispielsweise mit ihren Memoranden überhaupt bei dem Präsidenten haben.

Flocken: Hat denn Trump überhaupt ein außen- und sicherheitspolitisches Konzept, das erkennbar ist und das er möglicherweise versucht, umzusetzen? Oder macht er weiterhin Außen- und Sicherheitspolitik rein spontan und intuitiv bzw. impulsiv?

Kühn: Ach ja, ich würde schon sagen, dass es so etwas wie ein Konzept auch dieser Regierung gibt. Das Problem ist nur, dass die übergeordneten Konzepte, und die gehen ja gar nicht mal zwangsläufig von Trump aus, einfach extrem wenig erfolgversprechend sind. Generell setzen die USA vor allem wieder auf das Rezept, Druck auszuüben, besonders im Umgang mit Gegnern, also mit Nordkorea, Iran, China und Russland. Aber bekanntermaßen erzeugt Druck nunmal Gegendruck. Was fehlt, ist eine erfolgversprechende politische Strategie. Das heißt: wie kommt man eventuell dem Gegner entgegen? Nehmen wir doch mal die großen kontroversen politischen Themen, die eben auch für regionale Unsicherheit sorgen, beispielsweise die NATO-Osterweiterung. Wie geht man mit dem regionalen und globalen Aufstieg Chinas um? Bräuchte man evtl. ein Friedensabkommen für die koreanische Halbinsel? Bei all diesen Themen haben die USA seit Jahren nur noch aufgeschoben. So gesehen gibt es bei Trump nicht viel Neues. Und das Wenige, was da ist, ist eben dann auch nicht sonderlich erfolgversprechend.

Flocken: Manchmal ist zu hören, dass Trump sich in der Außen- und Sicherheitspolitik nur „durchwurstelt“. Er trifft manchmal - so der Eindruck - widersprüchliche Entscheidungen. Einmal will er sich mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un treffen, den anderen Tag verspottet er ihn als kleinen „Rocket man“, als kleinen Raketenmann. Kann man so überhaupt Politik machen?

Kühn: Na ja. Man kann so schon Politik machen. Das Problem ist nur, dass durch diese permanenten Politik-Wechsel natürlich ein Gefühl der Unsicherheit entsteht. Und das entsteht bei den Bündnispartnern, und es entsteht eben auch beim politischen Gegner. Wenn man jetzt zu dieser Unsicherheit noch bestimmte militärische Entscheidungen dazu rechnet, die ja nicht zwangsläufig von Trump ausgehen, wie beispielsweise drei Flugzeugträger gleichzeitig für

ein Manöver in die Nähe von Nordkorea zu schicken, dann ergeben sich sogenannte Eskalationspfade. D.h., eine Krise kann über Nacht ungewollt oder sogar durch einen Unfall eskalieren. Und das macht diese Präsidentschaft wirklich gefährlich. Also das Zusammenspiel aus der Unsicherheit, die von Trump ausgeht, und die letztlich dann auch zu Missverständnissen führen kann.

Flocken: Für Trump gilt ja die Devise „America first“. Die transatlantische Partnerschaft ist dem US-Präsidenten nicht allzu wichtig. Sind die USA für die Europäer – vor diesem Hintergrund – überhaupt noch ein verlässlicher Bündnispartner?

Kühn: Ja. Also ich würde sagen, das sind sie schon. Trump hat nur deutlicher gemacht, was vor ihm auch schon andere gesagt haben, nämlich, dass die USA wollen, dass die Bündnispartner, und hier besonders Länder wie Deutschland, die wirtschaftlich stark sind, mehr Geld für Verteidigung ausgeben. Und ich denke, dass er damit sogar letztendlich Recht hat. Das Problem ist eher - was ich vorhin schon sagte – nämlich, dass es auf amerikanischer Seite keine politischen Problemlösungsansätze mehr gibt. Stattdessen wird alles letztlich in den Bereich des Militärischen verlegt. D.h., man denkt vor allem in Kategorien der Abschreckung. Man denkt eben nicht mehr in Kategorien des politischen Problemlösens. So gesehen: Die militärische Entschlossenheit der USA, die ja wichtig auch für die Bündnispartner ist, zweifel ich nicht an.

Flocken: Wie sollen denn die Europäer, wie sollen die NATO-Mitglieder mit einem US-Präsidenten umgehen, der sprunghaft und impulsiv ist?

Kühn: Meiner Ansicht nach gibt es da drei Säulen eines zukünftigen Umgangs. Das Erste wäre, nicht zu provozieren. D.h., also bitte kein belehrender Ton oder auch, wie man das immer mal wieder gern aus Deutschland hört, auch kein offener Anti-Amerikanismus, auch nicht im versteckten Gewande. Als Zweites sollte man starke Koalitionen bilden. D.h., man muss den USA mit Hilfe von Bündnispartnern zeigen, dass sie bei bestimmten Themen isoliert sind, wie beispielsweise bei dem Iran-Nuklearabkommen. Da haben wir vor einigen Wochen gesehen, dass der deutsche, der französische und der britische Botschaf-

ter zu dritt in Washington aufgetreten sind und klargemacht haben, dass sie hier eine deutlich andere Sichtweise haben als der Verbündete in Washington. Und beim dritten Punkt kann man den französischen Präsidenten Emmanuel Macron zitieren, der eben von der strategischen Autonomie gesprochen hat. Und damit meint er die europäische Autonomie. Und in diesen Bereich müssen die europäischen Staaten und vor allem auch Deutschland investieren. D.h. aber auch, mehr Geld für die Verteidigung, d.h. auch die Bereitschaft von Deutschland, für die EU-Partner im Zweifelsfalle einzustehen. Und auf lange Sicht - und da wird es jetzt ganz heikel - heißt das natürlich auch, dass man dann letztlich mal über die Frage der nuklearen Abschreckung in Europa sprechen muss.

Flocken: Was meinen Sie damit – über die Frage der nuklearen Abschreckung zu sprechen?

Kühn: Was Macron meinte, war ja letztlich nicht, dass man das Bündnis mit den USA aufkündigen möchte, sondern dass man Europa strategisch vorbereitet auf eine Zeit, in der es autonomer agieren kann. Vielleicht aber auch auf eine Zeit, wo es strategisch autonomer agieren muss. Beispielsweise, weil die USA sich zurückziehen. Das ist momentan nicht absehbar. Aber sollte das irgendwann dazu kommen, dann muss man sich fragen, wie sieht es mit der Abschreckung und auch der nuklearen Abschreckung in Europa aus? Wir haben in Europa in der EU mit Großbritannien und Frankreich zwei Nuklearmächte. Großbritannien verlässt aber bald die EU. D.h., wie sieht es dann im Zweifelsfalle aus? Würden die Franzosen sagen, wir erweitern die nukleare Abschreckung für die anderen EU-Staaten? Wollen die anderen EU-Staaten das? Würden sie die nukleare Abschreckung finanzieren usw. Das sind heikle Themen - vor allem in Deutschland. Aber auf lange Sicht denke ich, wird man nicht darum herumkommen, auch darüber zu diskutieren.

Flocken: Die USA rüsten massiv auf. Können die Europäer gegen den Willen der USA Abrüstungsinitiativen starten oder wäre das ohne Zustimmung des Weißen Hauses eigentlich aussichtslos?

Kühn: Da gibt es meiner Meinung nach eine sehr kurze Aussage und die ist: das ist letztlich aussichtslos.

Flocken: Anders als Trump zunächst angekündigt hat, hat sich das Verhältnis zwischen Washington und Moskau nicht verbessert. Kann sich das Ihrer Meinung nach ändern? Glauben Sie daran, dass es zwischen Putin und Trump möglicherweise zu Rüstungskontrollvereinbarungen kommt oder sogar zu einer Vereinbarung über den Ukraine-Konflikt?

Kühn: Zunächst mal ist es richtig: das Verhältnis hat sich ganz klar verschlechtert. Und mal von Trump abgesehen: in Washington gilt Moskau im politischen Mainstream ganz klar als Feind Nummer eins. Vor allem nach der Wahleinmischung durch Russland. Und jetzt gibt es die Entscheidung der USA, Waffen in die Ukraine zu liefern, oder beispielsweise auch die Anwürfe gegen Moskau, dass Moskau vielleicht gegen den INF-Vertrag verstoßen hat. Das belastet natürlich das Verhältnis zusätzlich - ich denke in massivem Maße. So gesehen würde man erstmal sagen, es gibt keine Chance für irgendwelche Verträge oder Initiativen. Gleichwohl gilt, dass eben bei Trump nichts auszuschließen ist. Vielleicht zaubert dieser Präsident ja doch noch urplötzlich irgendeine Initiative aus dem Hut. Ich denke jedoch, dass dafür bei ihm persönlich die Aufmerksamkeitsspanne nicht ausreicht. Außerdem sind keine politischen Konzepte vorhanden. Und auch der politische Apparat in Washington würde einfach einen solchen Kurs mehrheitlich nicht stützen.

Flocken: Ist die Welt seit dem Amtsantritt von Trump instabiler und gefährlicher geworden? Ist die Kriegsgefahr möglicherweise gewachsen, nicht zuletzt durch die sprunghafte Außenpolitik von Trump?

Kühn: Na ja, nicht direkt, aber eben indirekt. Das heißt, es ist wirklich Trumps Unberechenbarkeit, die für Gefahr sorgt, weil dadurch eben Missverständnisse entstehen können. Was bedeutet das bei Nordkorea, wenn er nachts wieder anfängt, zu tweeten? Man muss sich da durchaus auch mal in die Seite der Nordkoreaner oder beispielsweise von Kim Jong Un hineinversetzen. Weiß er wirklich, was das bedeutet? Weiß er, was es bedeutet, wenn dies im Zusam-

menspiel mit massiven Militärmanövern stattfindet? Ich denke, das ist ein Umfeld, in dem Fehlkalkulationen jederzeit möglich sind. Das ist meiner Meinung nach die eigentliche Gefahr unter Trump, die Gefahr von Missverständnissen.

Flocken: Ist Trump außenpolitisch und sicherheitspolitisch lediglich eine historische Episode oder wird er seine Amtszeit möglicherweise so gestalten können, dass er dort Pflöcke einschlägt, so dass auch die Nachfolger nach einer oder einer zweiten Amtszeit von Trump keine großen Neuorientierungen mehr vornehmen werden, weil z.B. die transatlantischen Beziehungen massiv beschädigt worden sind? Wie sehen Sie das?

Kühn: Das ist die eigentlich wirklich spannende Frage. Vor allem auch, weil vor Trumps Wahl ja eigentlich alle einen Präsidenten Trump ausgeschlossen haben. Inzwischen schließen viele eine zweite Amtszeit aus, weil er sich als ein schwacher Präsident herausgestellt hat. Und von vielen wird auch gesagt, dass es eine Fortsetzung vielleicht der Trump-Doktrin durch seinen Nachfolger oder seine Nachfolgerin so nicht geben werde. Darauf hoffen in Deutschland natürlich die Transatlantiker, die davon ausgehen, dass es eben nur eine Episode bleibt. Ich wäre da jedoch vorsichtig. Denn wir wissen es nicht. Wir haben bereits unter dem Präsidenten George W. Bush mehrfach den Versuch gesehen, auch teilweise erfolgreichen Versuch, Europa zu spalten: In ein altes Europa und in ein neues Europa. Auch das kann uns jetzt wieder drohen. Gleichzeitig wäre ich aber auch vorsichtig, die USA jetzt abzuschreiben. Wir sollten nicht vergessen, in den USA ist vieles möglich. Und ich denke, es deutlich zu früh, davon auszugehen, dass sich jetzt unter diesem Präsidenten Trump letztlich der Abstieg der Weltmacht USA vollzieht. Aber eines ist für mich klar – dieser Präsident ist in jeder Hinsicht einzigartig.

* * *

Flocken

Ulrich Kühn vom Wiener Zentrum für Abrüstung und Nichtweiterverbreitung über die Außenpolitik von US-Präsident Trump. Eine Langfassung des Inter-

views finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Nach Griechenland. Das hochverschuldete Land will in diesem Jahr finanziell wieder auf eigenen Beinen stehen. Aufgrund der Schuldenkrise mussten nicht nur die Bürger den Gürtel enger schnallen, auch das Militär sah sich gezwungen, kürzer zu treten. Bei den Streitkräften zeichnet sich jetzt aber eine Kehrtwende ab. Jerry Sommer weiß mehr:

Manuskript Jerry Sommer

Griechenlands Militärausgaben lagen 2009, also vor Beginn der Schuldenkrise, nach NATO-Angaben bei 7,3 Milliarden Euro. Dann wurden sie drastisch gekürzt: um über 40 Prozent. 2013 betrug der Verteidigungshaushalt nur noch 4,1 Milliarden Euro. Doch seit 2015 ist wieder eine leichte Anhebung der Militärausgaben zu beobachten. 2017 wurden 4,2 Milliarden Euro eingeplant. Der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt damit bei 2,3 Prozent. Das ist deutlich mehr als bei den meisten anderen europäischen NATO-Staaten. Der griechische Parlamentarier Giorgos Kiritsis, der der linken Regierungspartei Syriza angehört:

O-Ton Kiritsis (overvoice)

„Es wurden Löhne und Gehälter gekürzt, Rüstungsbeschaffungsprogramme wurden aufgeschoben oder aufgegeben. Zwar kann man hier und da, zum Beispiel durch Schließung einiger Standorte, noch Geld einsparen. Aber viel Geld ist da nicht mehr zu holen.“

Weitere Kürzungen sind nach Auffassung von Kiritsis nur möglich, wenn Griechenland und die Türkei eine gleichgewichtige Reduzierung ihrer Streitkräfte und Waffensysteme vereinbaren. Doch die linke Syriza-Regierung hat bisher keine entsprechenden Vorschläge gemacht. Und ob die Türkei dazu bereit wäre, ist völlig offen.

Nach Angaben der NATO hat Griechenland die Zahl seiner aktiven Soldaten um ein Fünftel reduziert: von 135.000 auf 109.000. Die Betriebskosten wurden gesenkt - und für Ersatzteile und die Modernisierung vorhandener Waffensysteme wird nur noch wenig Geld ausgegeben. Diese Einschnitte haben die Si-

cherheit Griechenlands wohl nicht gefährdet. Die Einsatzfähigkeit mancher Waffensysteme ist allerdings ein Problem. Doch damit war es auch zu Zeiten voller Kassen nicht zum Besten bestellt, sagt Luftwaffengeneral Kosmas Vouris. Er war im Athener Verteidigungsministerium bis vor kurzem für die Rüstungsbeschaffung zuständig:

O-Ton Vouris (overvoice)

„Dass unsere Waffensysteme nicht voll funktionsfähig sind, und dass es uns an Ersatzteilen mangelt - das ist kein neues Problem. Solche Probleme haben wir schon seit mehr als 20 Jahren.“

Fehlplanung, Verschwendung und Korruption dürften dafür verantwortlich sein. Und dass Waffensysteme immer gleich in hohen Stückzahlen gekauft worden sind - zum Teil wegen einer übertriebenen Bedrohungswahrnehmung des traditionellen „Erzfeindes“ Türkei. Der Rüstungsexperte Marius Bales vom Friedens- und Konfliktforschungsinstitut BICC in Bonn:

O-Ton Bales

„Die Anzahl der konventionellen Waffensysteme Griechenlands könnte meiner Meinung nach deutlich minimiert werden. Betrachtet man einmal die Anzahl der schweren Waffensysteme Griechenlands, dann verzeichnen wir alleine über 1.300 schwere Kampfpanzer. Es gibt 240 Kampfjets, eine Vielzahl von Fregatten, U-Booten und Artilleriegeschützen. Da besteht in jedem Falle die Möglichkeit, diese Stückzahl deutlich zu minimieren.“

In Griechenland sehen das allerdings viele Politiker anders. Der Syriza-Abgeordnete Kiritsis:

O-Ton Kiritsis (overvoice)

„Wir können doch zum Beispiel die Kampfflugzeuge, die wir für rund 100 Millionen das Stück gekauft haben, nicht einfach verkommen zu lassen. Da wir leider so viele Flugzeuge haben, müssen wir die meisten von ihnen flugtüchtig halten. Einige wenige können wir aber auch verkaufen.“

Insbesondere die Modernisierung ihrer amerikanischen F-16-Maschinen halten die griechischen Militärs für wichtig. Bei dem Besuch von Regierungschef Alexis Tsipras im Herbst in Washington wurde darüber mit US-Präsident Donald Trump gesprochen. Und der verkündete freudig, dass die US-Regierung diese Modernisierung unterstütze: Mögliche Gesamtkosten: zwei Milliarden Euro, verteilt über mehrere Jahre. Doch noch hat die griechische Regierung nicht

entschieden, wie viele ihrer 150 F-16-Maschinen modernisiert werden sollen. Mehr als eine Milliarde Euro will sie vermutlich nicht ausgeben.

Trotzdem wäre dies die teuerste griechische Rüstungsbeschaffungsmaßnahme seit Beginn der Schuldenkrise. Als Begründung für die angestrebte Modernisierung nennt der ehemalige Direktor für Rüstungsbeschaffung im Athener Verteidigungsministerium, Kosmas Vouris, die wachsenden militärischen Fähigkeiten der Türkei:

O-Ton Vouris (overvoice)

„In den nächsten Jahren wird die Türkei modernste amerikanische F-35-Kampflugzeuge in Dienst stellen. Um dieser Bedrohung zu begegnen, brauchen wir die Modernisierung unserer F-16. Neue Radarsysteme werden uns so befähigen, die türkischen F-35 besser und aus größerer Entfernung zu orten.“

Doch nicht nur vermeintliche militärische Gründe bewegen Athen dazu, die Modernisierung der griechischen F-16 zu planen, sagt der Syriza-Abgeordnete Giorgos Kiritsis:

O-Ton Kiritsis (overvoice)

„Rüstungskäufe haben immer zwei Aspekte. Zum einen geht es natürlich um die Beschaffung von Waffen. Aber zum zweiten geht es auch um Rüstungsdiplomatie. Die Annahme ist: Wenn man von jemandem Waffen kauft, wird der Verkäufer einen im Gegenzug politisch unterstützen, wenn es notwendig ist.“

Ob sich eine solche Rüstungsdiplomatie für Griechenland letztlich auszahlen wird, ist allerdings keineswegs gewiss. Sicher ist hingegen, dass der US-Rüstungskonzern Lockheed Martin von der anhaltenden Rüstungskonkurrenz zwischen Griechenland und der Türkei profitiert. Denn dieser liefert die F-35 an die Türkei. Und dieses Unternehmen würde auch den Auftrag zu Modernisierung der griechischen F-16 erhalten.

Europäische Staaten stehen ebenfalls in den Startlöchern, um künftig Rüstungsgüter nach Griechenland zu exportieren. So hatte sich der französische Staatspräsident Emmanuel Macron im vergangenen Jahr in einem Zeitungsinterview dafür ausgesprochen, die griechisch-französischen Verteidigungsbeziehungen zu intensivieren. Wörtlich sagte er - Zitat:

Zitat

„Beide Staaten sind zum Beispiel mit Mirage-Kampfflugzeugen ausgestattet. Und auch im Marine-Bereich haben wir enge Beziehungen. Allerdings muss Griechenland auch bereit sein, sich voll in die europäische Verteidigungsstruktur zu integrieren. Und das heißt, sich für Rüstungskäufe zu entscheiden, die der europäischen Rüstungsindustrie dienlich sind.“

Der Direktor des außenpolitischen Thinktanks Eliamep in Athen, Thanos Dokos, hält ein solches Buhlen um griechische Rüstungsaufträge, wie jetzt durch Macron, angesichts der weiterhin schwierigen Finanzlage der Griechen für unredlich:

O-Ton Dokos (overvoice)

„Natürlich ist es die Aufgabe jedes Staatsmannes, für die Interessen seines Landes einzutreten. Aber in Griechenland haben wir erst eine kleine wirtschaftliche Stabilisierung. Ich bin nicht sicher, ob wir es mit einem anhaltenden Aufschwung zu tun haben. Für die Rüstungsbeschaffung wird erst einmal nicht deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen. Deshalb ist es jetzt viel zu früh, um über neue Waffensysteme zu diskutieren. Das ist ein Thema für die Zukunft.“

2015 fanden die Verhandlungen über ein drittes Kreditpaket an Griechenland statt. Damals drängten viele EU-Staaten auf eine Senkung der griechischen Rüstungsausgaben. In dem Abkommen wurde schließlich festgelegt, dass Athen die jährlichen Ausgaben um 400 Millionen Euro kürzen müsse. Griechenland hat diese Bestimmung letztlich nicht umgesetzt. Und inzwischen drängt US-Präsident Trump die NATO-Bündnispartner, ihre Verteidigungsanstrengungen auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts anzuheben. Griechenlands relativ hohe Militärausgaben werden nun nicht mehr kritisiert, sagt der Konfliktforscher Marius Bales vom Friedens- und Konfliktforschungsinstitut BICC:

O-Ton Bales

„Der Druck auf Griechenland hat sich nach Trumps Forderung nach höheren Militärausgaben in der EU deutlich vermindert. Gleichzeitig hat NATO-Generalsekretär Stoltenberg sich öffentlich dafür ausgesprochen, dass die Militärausgaben Griechenlands von über zwei Prozent für die gesamte Allianz von besonderer Bedeutung sind. Man kann sagen: seit der Äußerungen von Trump hat Griechenland diesbezüglich sogar ein Stückweit noch Rückenwind bekommen.“

Und auch in Griechenland selbst gibt es inzwischen praktisch keinen Widerstand mehr gegen die zwar deutlich verminderten, aber nach wie vor relativ hohen Rüstungsausgaben. Die früheren Kritiker aus der ehemaligen Oppositionspartei Syriza sitzen jetzt in der Regierung. Das Ziel, die Militär- und Rüstungsausgaben weiter zu kürzen, verfolgen sie inzwischen nicht mehr.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Vor fünf Jahren hatten in Westafrika bewaffnete Milizen die Kontrolle über den Norden Malis übernommen. Nur die französische Militärintervention konnte damals eine Machtübernahme verhindern. Die Region wird aber weiterhin durch bewaffnete Banden und Terrorgruppen destabilisiert. Mit Unterstützung vor allem der westlichen Staaten haben daher Burkina Faso, der Tschad, sowie Niger, Mauretanien und Mali im vergangenen Jahr einen gemeinsamen Eingreifverband aufgestellt. Diese sogenannte G5-Sahel-Truppe soll helfen, die Region zu stabilisieren. Dort gibt es aber auch noch andere Militär-Missionen. Allerdings mangelt es offenbar an einer Koordination dieser Operationen und an einer Gesamtstrategie, wie unser Korrespondent Jens Borchers festgestellt hat:

Manuskript Jens Borchers

Es ist November 2017 als Soldaten der Gemeinsamen Truppe von fünf Sahel-Staaten ihre erste gemeinsame Operation starten. Je 200 Soldaten aus Niger und Mali, 350 Mann aus Burkina Faso sind dabei.

Atmo

Erste G5-Patrouille

Aber mehr als 100 hochmodern ausgerüstete Kämpfer und die etwa 20 gepanzerten Fahrzeuge, die diese Operation schützen sollen - die gehören zur französischen Anti-Terrormission „Barkhane“.

Das Wichtige an dieser ersten Operation, so sagen es alle Beteiligten und Verantwortlichen, ist aber die Präsenz der „Force conjointe G5-Sahel“ - der Gemeinsamen Truppe von fünf Staaten der Sahel-Region: Insgesamt sollen etwa 5.000 Soldaten aus Mauretanien, Burkina Faso, Niger, Tschad und Mali ab sofort den Terrorismus in ihrer Region bekämpfen. Kommandant der Truppe ist Didier Dacko, ein General aus Mali. Er sagt am Ende dieses ersten Einsatzes der G5-Truppe:

O-Ton Dacko (overvoice)

„Wir haben bei dieser Operation festgestellt: Es gibt viele Herausforderungen. Erstens in der Koordinierung. Zweitens bei der Kommunikation. Wir werden das auswerten um sicherzustellen, dass die nächsten Einsätze besser vorbereitet und umgesetzt sein werden.“

Kein Wunder, dass es Koordinationsprobleme gibt - in der Sahel-Region agieren schon sehr viele verschiedene Militär-Verbände:

Die Vereinten Nationen...

...haben in Mali eine fast 15.000 Männer und Frauen starke Stabilisierungstruppe namens MINUSMA. Sie soll dabei helfen, die prekäre Sicherheitslage zu stabilisieren.

Die Franzosen...

...durchkämmen seit 3 Jahren die Sahel-Region mit einer Anti-Terrormission namens Barkhane, um Terroristen auszuschalten und deren Strukturen zu zerstören.

Die US-Amerikaner...

...haben allein in Niger etwa 800 Soldaten stationiert. Sie bilden die nigrische Armee aus und fliegen Einsätze mit Überwachungsdrohnen in der ganzen Region.

Westafrikanische-Staaten...

...haben bereits einen multinationalen Verband von etwa 9.000 Mann aufgebaut. Sie bekämpft die Terrormiliz Boko Haram in Nigeria, Kamerun, Tschad und Niger.

Und jetzt schließlich die G5-Staaten der Sahel-Region, die mit einer eigenen multinationalen Truppe vor allem Terroristen und andere bewaffnete Gruppen im Drei-Länder-Eck von Burkina Faso, Niger und Mali, aber auch im Tschad und in Mauretanien bekämpfen sollen.

Wie soll das alles koordiniert werden? Rinaldo Depagne hat die Lage für die Denkfabrik International Crisis Group analysiert:

O-Ton Depagne (overvoice)

„Die Armeen der G5-Sahel-Staaten arbeiten ja bereits mit den Truppen der Operation Barkhane. Und Barkhane ist in dieser Zusammenarbeit geübt. Was die USA anbetrifft: Wir wissen nicht, wie viele Soldaten sie insgesamt in der Region haben. Aber die US-Streitkräfte machen ihr eigenes Ding. Sie stimmen sich vielleicht mit Staaten wie Niger oder Burkina Faso bilateral ab, aber sie werden nicht wirklich mit der gemeinsamen Truppe der G5-Sahel-Staaten zusammenarbeiten.“

MINUSMA, die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali, soll logistische Hilfe für die gemeinsame Truppe der G5 leisten. Sie darf aber nur innerhalb der malischen Grenzen agieren. Rinaldo Depagne von der International Crisis Group sagt, MINUSMA sucht nach einer Lösung für das Problem:

O-Ton Depagne (overvoice)

„Überlegt wird, dass man Logistikzentren im Grenzgebiet zu Burkina Faso und Niger einrichtet. Die Soldaten der gemeinsamen Truppe der G5-Staaten könnten sich dort versorgen. Aber das ist gefährlich: Niemand weiß, ob die malische Armee solche Logistikzentren schützen könnte. Niemand weiß auch, ob dann Teile dieses Nachschubs nicht einfach gestohlen und in den Waffenhandel in der Region fließen würde.“

Die neue Truppe steht auch finanziell im Treibsand. Mali, Burkina Faso, Niger, Mauretanien und Tschad zählen zu den ärmsten Nationen der Welt. Sie können die Anti-Terrereinheit sowieso nicht selbst finanzieren. Nach langem Feilschen fanden sich dann folgende Geldgeber, um das Budget von mehr als 400 Millionen Euro für das erste Jahr zu finanzieren: Die Europäische Union gab 50 Millionen Euro. Frankreich 8. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate wollen etwa 130 Millionen Euro zuschießen. Und die USA versprachen 60 Millionen Euro, aber nur unter der Bedingung, dass sie allein aushandeln können, was die gemeinsame Truppe der G5 mit diesem Geld tut.

Wie die Finanzierung für die nächsten Jahre aussehen soll – das steht in der Sternen. Damit enden die Herausforderungen aber keineswegs. Denn eine weitere Frage steht im Raum: Wer ist eigentlich der Feind? Wen sollen die Soldaten der gemeinsamen Truppe eigentlich bekämpfen? Die Antwort des Oberkommandierenden:

O-Ton Dacko (overvoice)

„Das ist sehr unterschiedlich im Gebiet der fünf Sahel-Staaten. Im Osten haben wir es hauptsächlich mit Menschen-, Waffen- und Drogenhandel zu tun. Im Westen ist es eher klassischer Terrorismus. Und im Zentrum der Region, also im Grenzgebiet von Mali, Burkina Faso und Niger – da ist das Terrorismus-Problem noch einmal viel akzentuierter.“

So sieht es der Oberkommandierende der neuen Anti-Terror-Einheit. Rinaldo Depagne von der International Crisis Group sagt, die Truppe habe viele Feinde in der Region:

O-Ton Depagne (overvoice)

„In der Sahel-Region kämpfen zurzeit mehr als 20 bewaffnete Gruppen.“

Welche dieser Gruppen von wem mit welcher Priorität bekämpft werden soll – auch das ist unklar.

Offensichtlich fällt aber niemandem momentan etwas Besseres ein, als eine Vielzahl militärischer Aktionen. Eine koordinierte politische Initiative für die Region existiert nicht. Deutschland und Frankreich hatten angekündigt, in einer „Allianz für den Sahel“ die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben zu wollen. Diese Allianz kam bisher über Einzelprojekte nicht hinaus. Die Militarisierung der Region geht weiter. Die USA und Frankreich haben jetzt die Regierung des Niger gebeten, künftig nicht mehr nur Überwachungs-Drohnen auf deren Staatsgebiet stationieren zu dürfen. Sondern auch bewaffnete Drohnen. Mit denen könnten Franzosen und US-Amerikaner dann gezielte Angriffsaktionen aus der Luft starten.

Rinaldo Depagne, der Sahel-Experte der International Crisis Group, sieht diese Entwicklung mit Sorge:

O-Ton Depagne (overvoice)

„Wir fürchten nicht nur den Drohnen-Krieg, sondern auch das Verhalten der Soldaten der Sahel-Staaten. Wenn die neue Anti-Terroreinheit bei ihren Aktionen Menschenrechte verletzt, könnte das vor allem einen Effekt haben: dass die Menschen gewissermaßen zum Feind überlaufen.“

Das wäre nicht das erste Mal: Dieses Phänomen war schon in Nigeria zu beobachten. Das brutale Vorgehen der Armee dort im Kampf gegen Boko Haram führte dazu, dass viele Menschen nicht mehr wissen was schlimmer ist: Die Kämpfer des Staates oder die der Terrormilizen.

* * *

Flocken

Soweit Jens Borchers.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.